

1/1 S 35-2870

## AKTUELLES · TOPICS

### Bemerkungen zur Diskussion über den Atomwaffen-Sperrvertrag

### Remarks concerning the discussion of the non-proliferation act

Von W. Kliefoth, Kiel

Die Diskussion um den Atomwaffen-Sperrvertrag hat in den letzten Monaten viele Wellen geschlagen; sie wurde, besonders in der Bundesrepublik, mit Leidenschaft — oft leider auch mit wenig sachlichen Argumenten — geführt. Da ein wesentliches Argument in der Diskussion die Behauptung war, die deutsche kernphysikalische und kerntechnische Entwicklung stünden auf dem Spiel, erscheint es angebracht, im Rahmen eines kurzen Beitrages zu versuchen, die Schwerpunkte des Vertrages herauszustellen und zu ihnen Stellung zu nehmen.

Der Vertragsentwurf — soweit er bisher bekannt wurde — unterscheidet zwischen *Atomwaffenmächten* und *atomwaffenfreien Ländern*.

In Artikel I verpflichten sich die Atommächte, keine Atomwaffen oder atomare Sprengsätze direkt oder indirekt weiterzugeben oder atomwaffenfreie Länder bei der Produktion zu unterstützen.

In Artikel II verpflichten sich die atomwaffenfreien Länder, keine A-Waffen herzustellen oder bei Dritten zu erwerben.

Nach Artikel III soll die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien die Verwendung spaltbaren Materials in den atomwaffenfreien Ländern kontrollieren und die Verteilung des für die friedliche Nutzung der Kernenergie benötigten spaltbaren Materials übernehmen.

In Artikel VI soll das Recht des Rücktritts vom Vertrag geregelt werden.

Ganz offensichtlich handelt es sich um einen *hochpolitischen* Vertrag. Er geht zurück auf eine am 17. 2. 1966 von 110 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen gebilligte Resolution über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und den Appell an die Genfer Abrüstungskonferenz, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, die zu einem frühestmöglichen Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen führen könnten. Der jetzt diskutierte Entwurf stammt von amerikanischen und sowjetischen Experten.

Nach dem politischen Sinn des Vertrages, der noch nichts Endgültiges ist, soll in einem ersten, praktisch durchführbaren Schritt versucht werden, das heraufziehende Nuklearwaffen-Chaos einzudämmen. Alle weiteren Schritte — z. B. Beendigung der atomaren Rüstung überhaupt, aber auch kleinere Schritte wie Garantien für nuklearwaffenfreie Länder, das Verbot von unterirdischen nuklearen Versuchen, atomwaffenfreie Zonen in politisch heißen Gebieten — bedingen zunächst ein Einfrieren des Atomwaffenbesitzes im augenblicklichen Status. Es muß als ein Erfolg für die Stabilisierung der so labilen weltpolitischen Lage angesehen werden, daß sich die USA und die UdSSR auf dieser gemeinsamen Basis gefunden haben.

Jede Stellungnahme zum Vertrag sollte vorrangig dieses Faktum in all seinen Konsequenzen berücksichtigen und von ihm ausgehen. Es ist andererseits für die atomwaffenfreien Länder, die den beiden Atomgroßmächten sowie den kleineren Atommächten (England, Frankreich und China) als Staaten minderer Macht und minderen Rechts gegenüberstehen, politisch kein leichter Entschluß, diese Klassifizierung freiwillig zuzugestehen und zu unterschreiben. So hat der deutsche NATO-Botschafter W. Grewe als Reaktion auf den Vertragsentwurf geäußert: »Nationen ohne eigene Kern-

waffen werden künftig kaum in der Lage sein, die Rolle einer »Großmacht« zu spielen.« Das ist sicherlich richtig. Ist dieser Verzicht aber wirklich ein Opfer, wenn man an die unausdenkbaren Konsequenzen eines Atomkrieges denkt? Hat weiterhin die Kategorie »Großmacht« dem Waffenbesitz der USA und der UdSSR gegenüber überhaupt noch eine Berechtigung? Ist es dann noch sinnvoll, von Diskriminierung zu sprechen?

Was verlangt der Vertrag politisch und technisch von der Bundesrepublik Deutschland?

Wir haben bereits 1954 auf die Herstellung von Kernwaffen auf deutschem Boden verzichtet; hierbei sind wir prinzipiell der Kontrolle der Western European Union (WEU) unterworfen. Dieser Verzicht schließt aber bekanntlich nicht den Erwerb und die Beteiligung an der Herstellung von Kernwaffen in anderen Ländern aus. In Erfüllung von Artikel II des Vertrages müßten wir uns aber auch zu diesem Verzicht bereiterklären, einem Verzicht, dem nicht alle politischen Kreise zustimmen. Für eine multilaterale Kernwaffenbeteiligung bleibt in keiner Form mehr Raum. In diesen Konsequenzen liegt letzten Endes der Grund für die massive politische Propaganda gegen den Sperrvertrag, die sich besonders in sehr einflußreichen Teilen der deutschen Presse äußerte und sich in Urteilen wie »Super-Versailles«, »Morgenthau-Plan im Quadrat« entlud.

Die Koalitionsregierung in Bonn beurteilt die Situation offenbar in ihrer Mehrheit erheblich realistischer; ihr ist klar, daß mit einer Verweigerung der Unterschrift die Bundesrepublik Deutschland in eine politisch unmögliche Lage käme; das Mißtrauen gegen Bonn als Störenfried der Entspannung wäre unwiderruflich für alle Welt. So hat denn auch Bundesaußenminister W. Brandt in der Debatte vom 27. 4. 1967 im Bundestag, wenn auch mit gewissen Vorbehalten, »Ja« zum Vertrag gesagt.

Die Diskussion um den Vertrag wandte sich zunächst aus politisch leicht ersichtlichen Gründen hauptsächlich dem Artikel III mit seinen Kontrollbestimmungen zu, obwohl es sich dabei wesentlich um technische Probleme handelt, deren Wichtigkeit keineswegs unterschätzt werden soll, denen aber dem Ganzen gegenüber doch nicht die überragende Bedeutung zukommt, die man ihr geben möchte. Diese technischen Fragen wurden politisch hochgespielt. Plötzlich waren Kernphysik und Kernenergie lebenswichtig für die Bundesrepublik, obwohl es viele Jahre lang — wie alle Fachleute wissen — äußerst schwer war, auch nur die notwendigsten Haushaltsmittel für die Kernenergie-Entwicklung von eben diesen Politikern zu bekommen. Weiterhin ist es im Gegensatz zu anderen Ländern bis heute in der Bundesrepublik noch nicht gelungen, große Kernkraftwerke für die Elektrizitätsversorgung zu bestellen, obwohl die deutsche Kernindustrie ihrer dringend bedarf.

In der Diskussion um die Auswirkung des Artikels III auf die friedliche Nutzung der Kernenergie für ein atomwaffenfreies Land wurden für spezielle technische Fragen alle Möglichkeiten unter dem Gesichtspunkt späterer nachteiliger